©Bayerische Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege (ANL)

Laufener Seminarbeiträge 3/91, 17-19 Akad. Natursch. Landschaftspfl. (ANL) – Laufen/Salzach 1991

Grußwort des Bürgermeisters von Matrei
Dr. Andreas Köll

Herr Staatssekretär!
Herr Landesrat!
Herr Nationalrat!
Herr Direktor!
Sehr geehrte Damen und Herren!
Werte Teilnehmer am Internationalen Symposium „Artenschutz im Alpenraum"!

Als neugewählter Bürgermeister der Marktgemeinde Matrei in Osttirol ist es mir eine besondere Ehre, eröffnende Grußworte zum Internationalen Symposium „Artenschutz im Alpenraum" sprechen zu dürfen:
Im Namen unserer gesamten Bevölkerung heiße ich Sie ganz herzlich hier im Matreier Tauernhaus willkommen! Über Einladung der bayerischen Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege in Laufen werden Sie fünf Tage hier im Herzen der Hohen Tauern mit der Zielsetzung verbringen, die internationale Zusammenarbeit in bezug auf den Artenschutz im Alpenraum zu fördern und konkrete Lösungsansätze zu erarbeiten. Als Ort dieses Symposiums haben Sie sich – sicherlich nicht durch Zufall – eine Region gewählt, die zu den wohl ursprünglichsten und am besten erhaltenen Natur- und Kulturlandschaften des gesamten Alpenraumes zählt.

Wie Ihnen bekannt ist, war unser Gebiet in den vergangenen Jahrzehnten aber auch Schauplatz und Austragungsort eines der erbittertsten Nutzungskonflikte zwischen Ökonomie und Ökologie, der infolge europaweiter medialer Debatten zu beträchtlichen Entwicklungsbremsen und Imageverlusten geführt hat. Ich darf Ihnen daher im folgenden – nach einer kurzen Situationsanalyse – einige Gedanken zum Thema Nationalpark inmitten eines relativ dicht besiedelten Gebietes übermitteln, da es Sie sicherlich interessieren dürfte, wie es mit dem wohl größten Naturschutzprojekt in den Alpen weitergehen soll.

Seit nunmehr 70 Jahren bestehen bei uns Pläne, sowohl einen Nationalpark als auch ein Kraftwerk zu errichten. Die Ursache, warum bislang weder das eine noch das andere Projekt verwirklicht werden konnte, ist in erster Linie in der Nichterfüllung wesentlicher Vertragsbedingungen zur Ländervereinbarung von Heiligenblut im Jahre 1971 zu sehen: 10 Osttiroler Gemeinden und Fremdenverkehrsverbände haben damals einer Unterzeichnung durch Landeshauptmann Eduard WALLNÖFER nur unter bestimmten Auflagen zugestimmt, die in einem Beschluß der Tiroler Landesregierung vom 20. Juli 1971 formuliert wurden: „Die Tiroler Landesregierung nimmt zur Kenntnis, daß die vom Nationalpark Hohe Tauern berührten Gemeinden Osttirols ihre Bedenken gegen die Schaffung des Nationalparkes unter Beachtung folgender Bedingungen zurückgestellt haben:

1) Die Verordnung über das Naturschutzgebiet wird erst erlassen, wenn für die vom Nationalpark berührten Gemeinden ein Entwicklungsprogramm nach den Bestimmungen des kommenden Tiroler Raumordnungsgesetzes erlassen ist.
2) Die Verwirklichung des Entwicklungsprogrammes und der daraus resultierenden Projekte darf durch den Nationalpark nicht behindert werden. Als mögliche Entwicklungsgebiete für den Fremdenverkehr werden insbesondere die Gebiete des Großvenedigers und des Großglockners festgelegt.
3) Die Nutzung der Wasserkräfte für energiewirtschaftliche Zwecke, insbesondere der Ausbau des Projektes Dorfertal, darf durch die Schaffung des Nationalparkes nicht behindert werden "

Nun hat sich eine grundlegend neue Situation ergeben. Der für Energie zuständige Bundesminister hat bekanntlich erklärt, daß an die Realisierung des Großkraftwerkes Dorfertal nicht mehr gedacht wird. Gestorben ist in der Zwischenzeit auch die geplante Erschließung eines ca. 10 km^2 umfassenden Gletscherskigebietes in der Venedigergruppe.
So bleibt abzuwarten, ob das für Naturschutz zuständige Land Tirol vor der Errichtung eines Nationalparkes zumindest eine dieser drei Bedingungen, nämlich das seit nunmehr 18 Jahren versprochene Entwicklungsprogramm einhält, bevor man dem eminenten Druck einer österreichweiten Öffentlichkeit nachgibt, auch bei uns einen Nationalpark nach internationalen Kriterien einzurichten.
Was diese im Jahre 1972 in Banff/Kanada formulierten Kriterien bedeuten, wurde der hier lebenden Bevölkerung drastisch in einer Studie des Österr. Bundesinstitutes für Gesundheitswesen vor Augen geführt, aus der ich kurz zitieren darf:
„Unzulässige Nutzungen in Nationalparken im Sinne der oben vorgestellten Definition sind Inanspruchnahmen des Naturpotentials, wie die Entnahme von Mineralien, Holz und anderen Pflanzenteilen bzw. von Tieren. Das Verbot erstreckt sich auch auf landwirtschaftliche Nutzung, Weidenutzung, Jagd, Fischerei und auf Erschließungseinrichtungen. Unter Nutzungen werden auch Siedlungen verstanden oder die Nutzung durch kommerzielle oder industrielle Einrichtungen.
Um unter diesen strengen Bedingungen überhaupt Nationalparke in dicht besiedelten Ländern errichten zu können, läßt die IUCN Nutzungen aus früheren Zeiten vor der Erklärung zum Nationalpark für einen befristeten Zeitraum zu. Jede Form der Nutzung des Naturpotentials sollte je-

©Bayerische Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege (ANL)

doch nach einem Übergangszeitraum eingestellt werden. Durch diese auf Zeit befristete Bereitstellung von natürlichen Ressourcen für die anwohnende Bevölkerung wird ihr die Anpassung an die geänderten Verhältnisse ermöglicht "

Dieses Zitat ist – wie ich glaube – wohl am besten geeignet aufzuzeigen, daß man beabsichtigt, der hier lebenden Bevölkerung große Opfer zum Wohle der Allgemeinheit aufzuerlegen. Entwürfe und Erläuterungen zu Nationalparkgesetzen zeigen auch, daß die Nationalparkplanung einseitig auf eine quantitative und qualitative Optimierung ihrer Interessenslagen abzielt. Indem sie als Maß ihrer Handlungen den theoretischen Idealtypus eines Nationalparkes nicht aus dem Auge verliert, strebt sie bewußt oder unbewußt Maßnahmen an, die langfristig zu einer Entleerung unseres Siedlungsraumes führen müssen:
Ein Nationalpark alleine würde daher negative Wirtschaftsimpulse bedeuten, mit fortwährender Schwächung der Nationalparkgemeinden durch weitere Abwanderung der Arbeitskräfte und fehlender Rentabilität in den Fremdenverkehrsbetrieben. Daß dies von seiten der betroffenen Bevölkerung als asozial und inhuman betrachtet wird, wie dies auch in einer Matreier Volksbefragung vom 11. Juni 1989 deutlich artikuliert wurde, dürfte wohl verständlich sein.
Es geht nun also darum, eine Lösung zu finden, die es sowohl ermöglicht, das größte zusammenhängende Naturschutzprojekt Mitteleuropas zu verwirklichen, als auch der hier lebenden Bevölkerung weiterhin bescheidene Grundlagen zur wirtschaftlichen Weiterentwicklung zu belassen. In diesem Zusammenhang wird man endlich einmal den Mut aufbringen müssen klar auszusprechen, daß es sich beim Nationalpark Hohe Tauern um ein sicherlich notwendiges Naturschutzprojekt, nicht jedoch um ein Wirtschafts- oder Fremdenverkehrsprojekt handelt.

Ich persönlich bin in einer Zeit, in der unsere Meere sterben, jede Sekunde tropischer Regenwald im Ausmaß eines Fußballfeldes abgeholzt wird und sicherlich auch die Alpen immer mehr beeinträchtigt werden, bereit, mich zur Notwendigkeit sinnvollen Naturschutzes zu bekennen und dies auch vor unserer Bevölkerung zu vertreten. Es kann aber nicht so sein, daß auf deren Schultern von der Öffentlichkeit einseitige Opfer aufgelastet werden, für deren Ausgleich etwas zu tun, keine Bereitschaft besteht.
Entsprechende Mittel werden erforderlich sein, will man einen Nationalpark von europäischer Bedeutung errichten und diesen auch intakt halten. Diese Gelder sollen aber keine Almosengebung für „Landschaftsrentner" darstellen, sondern aus einer echten Förderung unserer Bergbauern und der übrigen hier lebenden Bevölkerung bestehen. So ist es sicher ein ungleiches Verhältnis, wenn die österreichische Nation ca. S 1,5 Mrd. pro Jahr alleine zur Abgangsdeckung der Bundestheater aufwendet, wenn ihr andererseits das nationale Anliegen des größten Natur- und Artenschutzprojektes in den Alpen im Ausmaß von 1700 km^2 nur wenige Millionen wert ist. Hier wird noch sehr viel an Bewußtseinsbildung notwendig sein, will man etwa die richtige Relation zwischen Naturschutz und Hochkultur herstellen. Wir stehen daher auf dem Standpunkt, daß nach den bisherigen negativen Erfahrungen man bei uns zuerst unter Beweis stellen sollte, wie ernst man es wirklich mit der wirtschaftlichen Weiterentwicklung einer Region nimmt, die bereit ist, beträchtliche Nutzungsverzichte zum Wohle der Allgemeinheit zu erbringen, bevor man nahezu zwei Drittel unserer gesamten Gemeindefläche unter totalen Naturschutz stellt. Matrei in Osttirol ist mit fast 280 km^2 die drittgrößte Gemeinde Österreichs, und wir hätten bei uns alleine schon soviel Platz, sowohl ein riesiges Naturschutzgebiet zu errichten, das größer als die meisten mitteleuropäischen Nationalparks ist, als auch außerhalb des Nationalparks der betroffenen Bevölkerung weitere wirtschaftliche Existenz zu bieten.

Garantiert ist derzeit aber weder unsere Forderung nach Selbstverwaltung eines künftigen Nationalparkes durch bäuerliche Grundbesitzer und betroffene Gemeinden, noch ein mehrheitliches Mitspracherecht bei der Erstellung von Gesetzes- und Zonierungsvorschlägen sowie entsprechende Förderung der gesamten Parkregion in ausreichender Höhe auf der Basis eines zu erstellenden Entwicklungsprogrammes, wie dies auch in einer „Matreier Nationalparkerklärung" vom 14.3.1983 festgehalten ist, die von 6 Osttiroler Gemeinden und 4 Fremdenverkehrsverbänden an das Land Tirol gerichtet wurde.

Es muß also zuallererst das seit dem Jahre 1971 versprochene Entwicklungsprogramm mit wirksamen Maßnahmen in den Bereichen Landwirtschaft, Fremdenverkehr, Handel, Gewerbe und Industrie auf den Tisch gelegt werden, in dessen Rahmen der Nationalpark nur ein Teil, jedoch keinesfalls das dominante Element sein kann.
Der Nationalpark muß mit der einheimischen Bevölkerung entwickelt und von dieser getragen werden, wenn man jene Konflikte vermeiden will, wie sie in anderen europäischen Parks bestehen.

Wir sind aber bereit, unseren guten Willen in dieser Hinsicht unter Beweis zu stellen und es wird Sie sicherlich interessieren, noch kurz von einem Projekt zu hören, das von seiten der Matreier Gemeindeführung in nächster Zeit geplant ist, da es sich unmittelbar mit Artenschutz befaßt:
Wer von Lienz aus durch das Iseltal in Richtung Felbertauern fährt, wird auf der linken Seite im Bereich „Brühl" ein etwa 5 ha großes Feuchtgebiet entdecken, das sich um einen kleinen Wasserlauf entwickelt hat. Dieses Biotop wird in einem Naturschutzbrief des Tiroler Naturschutzbundes aus dem Jahre 1986 eingehend beschrieben, woraus ich kurz zitieren darf:
Daß sich hinter dem unscheinbaren Erlwald eine Moorlandschaft besonderer Art ausbreitet, darauf wurden wir erst durch den jährlichen Laichzug der Grasfrösche aufmerksam. Wenn sich in der ersten lauen Frühlingsnacht Ende März einige tausend Frösche von ihren Winterquartieren im Erlwald an der Isel aufmachen und sich mehr und mehr paarend, jedes Hindernis ignorierend, ihren Laichtümpeln in der »Brühl« zueilen, so war das für die Matreier immer schon ein großes Ereignis. Seit alters zogen sie an solchen Abenden mit Lichtern ausgerüstet in die Brühl zum Fang der Frösche – zum »Froschen«, wie man heute noch sagt. Dies war auch in anderen Osttiroler Tälern früher

©Bayerische Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege (ANL)

so. Im Defereggental hat man, so wurde erzählt, die Frösche säckeweise von den »Krotenlacken« heimgetragen. Und das war nach den mageren Wintermonaten in vielen Häusern eine willkommene Bereicherung der Küche! Seit die stark befahrene Bundesstraße ins Iseltal die Zugwege der Grasfrösche schneidet, hat an mehreren Stellen ein hundertfaches Sterben in solchen Nächten eingesetzt, das nicht nur Naturschützern, sondern auch der Straßenverwaltung zum Ärgernis wurde: Im Bereich der Brühl konnte man am Morgen nach solchen Zugnächten auf der Straße in einer Länge von 200 m oft über 300 plattgewalzte Fleischklumpen zählen. – Da das Baubezirksamt Lienz mit seinem Leiter OBR Dipl. Ing. Thenius von sich aus Interesse hatte, diesem Übelstand abzuhelfen, wurde für das Frühjahr 1982 erstmals eine gemeinsame Aktion von Baubezirksamt und Bergwacht vereinbart: Nach dem 15. März wurde entlang der Anmarschseite an der Bundesstraße auf einer Länge von 250 m ein 1/2 m hoher Drahtmaschenzaun mit etwa 10 in den Erdboden versenkten Kübeln errichtet.

Die Osttiroler Bergwacht hat ihre Unterstützung für die Zugnächte zugesagt. Für den Beginn des Einsatzes behilflich war ein merkwürdiges Ereignis, das nach meinen Beobachtungen zugleich mit dem ersten Froschzug in der »Brühl« abläuft: Wenn die Seelandlawine am Rauchkofel bei Lienz los bricht, dann ist in dieser Nacht auch mit dem Froschzug in der 25 km entfernten »Brühl« zu rechnen. Wie die Einsätze der Jahre seither zeigten, trifft dies auch zu, besonders wenn die Temperatur in den Abendstunden nicht unter +6°C sinkt. Dann konnte an einem einzigen Abend eine Masse von 1300 Tieren in der Zeit zwischen 19.30 Uhr und 23 Uhr aufgelesen werden. Später in der Nacht ließ der Zug nach. So haben Bergwächter aus Lienz und Helfer aus Matrei jedes Jahr mehr als 5000 Tiere am Drahtmaschenzaun, der inzwischen auf 400 m verlängert wurde, abgefangen, über die Straße getragen und in die Tümpel gebracht. Im letzten Jahr hat außerdem erstmals eine nicht unbeträchtliche Anzahl den Weg durch den trocken gelegten Durchlaß unter der Bundesstraße hindurch gefunden, so daß man die Population an Grasfröschen in diesem Gebiet mit 6000 bis 7000 Tieren annehmen kann.

In diesem äußerst interessanten Biotop, dessen Beschreibung ich Ihnen gerne zur Verfügung stellen kann, besteht – so wie in vielen anderen Regionen – ein harter Nutzungskonflikt zwischen Landwirtschaft und Naturschutz. Der Akt auf der Bezirkshauptmannschaft Lienz mit diversen Rodungsansuchen und Verhandlungsschriften umfaßt alleine einige hundert Seiten und es ist zu einer hohen Aufstauung von Emotionen gekommen. Dabei wäre es von seiten der betroffenen Agrargemeinschaft durchaus vorstellbar, dieses Gebiet als Sonderschutzgebiet zur Verfügung zu stellen, sollte es eine entsprechende Ablöse in Form eines Grundtausches oder eines Beitrages für entgehende Nutzung geben.

Am vergangenen Sonntag hatte ich Gelegenheit, mit dem bekannten Verhaltensforscher und Schüler von Konrad LORENZ, Prof. Otto KÖNIG, dieses Gebiet zu begehen. Er hat sich bereiterklärt, ein Konzept für die Marktgemeinde Matrei in Osttirol auszuarbeiten, das neben Maßnahmen zur Erhaltung dieses wertvollen Feuchtgebietes für alle Zukunft auch konkrete Vorschläge zur Konfliktlösung enthalten wird. Ich werde mir in diesem Zusammenhang auch erlauben, mit dem heute hier anwesenden Tiroler Naturschutzlandesrat Ferdinand EBERLE sowie Frau Bundesminister Dr. FLEMMING entsprechende Gespräche zu führen.

Es müßte doch im Vorfeld des geplanten Nationalparkes Hohe Tauern sowohl möglich sein, ein derart wertvolles Biotop zu schützen, als auch die ohnehin bescheidenen Vorstellungen der ca. 20 betroffenen Landwirte zu berücksichtigen. Vielleicht könnte dieses Pilotprojekt überhaupt dazu dienen, positive Stimmung für den Nationalpark gerade in jenem Bereich zu erzeugen, der am meisten von diesem betroffen sein wird: UNSEREN BERGBAUERN

Ein zur Zufriedenheit der Grundbesitzer erledigter Modellfall der Ablöse eines jeglicher Nutzung entzogenen Sonderschutzgebietes durch die Allgemeinheit wäre sicherlich am besten geeignet, einen bedeutenden Schritt in Richtung Artenschutz und Nationalpark Hohe Tauern weiterzukommen.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Abschließend darf ich Ihnen für Ihr Symposium in den nächsten Tagen viel Erfolg wünschen, verbunden mit der Bitte, daß Sie neben dem sicherlich notwendigen Arten- und Naturschutz in den Alpen auch ein gewisses Verständnis für die Anliegen der hier lebenden menschlichen Art aufbringen mögen, da es sicherlich auch in Zukunft nur im Einvernehmen zwischen Ökologie und rücksichtsvoller Ökonomie zu entsprechenden Kompromissen kommen wird.

Anschrift des Verfassers:

Bürgermeister Dr. Andreas Köll
A – 9971 Matrei in Osttirol

ZOBODAT - www.zobodat.at

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: Laufener Spezialbeiträge und Laufener Seminarbeiträge (LSB)

Jahr/Year: 1991

Band/Volume: 3_1991

Autor(en)/Author(s): Köll Andreas

Artikel/Article: Grußwort des Bürgermeisters von Matrei Dr. Andreas Köll 17-19